

BUCHBESPRECHUNGEN · BOOK REVIEWS
COMPTES RENDUS · RECENSIONES

Matthias Koenig / Jean-Paul Willaime (Hg.): Religionskontroversen in Frankreich und Deutschland, Hamburger Edition 2008, 400 Seiten.

Die Säkularisierungsdebatte drehte sich lange um zwei dichotome Annahmen, die entweder den Bedeutungsverlust der Religion in der Moderne behaupteten oder Religion als moderne, individualisierte, aber „unsichtbare“ bzw. private Sozialform fassten. Beide Thesen scheinen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht gerecht zu werden. Phänomene wie die zunehmende politische und mediale Präsenz von Religion(en), religionspolitische Konflikte, das Wachstum der Religion durch Migration, das die Religion in Europa erneut zu einem öffentlich sichtbaren Faktor werden lässt, stellen die Religionssoziologie vor ein Deutungs- und Erklärungsproblem: Wie lässt sich die zu beobachtende religiöse Pluralisierung und steigende öffentliche Präsenz von Religion bei gleichzeitigem Rückgang der religiösen Bindungen deuten? Muss die Säkularisierungsthese aufgegeben, revidiert oder differenziert werden?

Matthias Koenig und Jean-Paul Willaime greifen mit dem Sammelband, der das Produkt eines deutsch-französischen Forschungsprojektes ist, diese Herausforderung auf. Sie wollen zum einen die aktuellen Religionskontroversen verstehen und erklären, zum anderen aber auch die Erkenntnisblockaden von säkularisierungstheoretischen Vorannahmen und einem „methodologischen Nationalismus“ reflektieren, zumindest aber einen ersten Anstoß in diese Richtung geben – und das ist ihnen mit der hohen Qualität der meisten Beiträge gelungen.

Die leitende These ist, dass der Prozess der Staats- und Nationsbildung in Frankreich und Deutschland je unterschiedliche Konfigurationen von politischer Ordnung, kollektiver Identität und Religion hervorgebracht hat, die sich bis heute in den Kontroversen niederschlagen. Der erste Teil des Bandes widmet sich vor allem den in den beiden Ländern um und nach 1900 entstanden religionssoziologischen Werken von Weber, Simmel und Durkheim und befragt diese daraufhin, inwieweit ihre Fragestellung und Begrifflichkeit durch die je nationalstaatlich politischen Konstellationen mitgeprägt wurden. Nach Hartmann Tyrell, der Weber und Durkheim jeweils in die nationalen Kontexte des Kulturkampfes einordnet, taugen die Klassiker der Religionssoziologie wenig als Kandidaten für den Nachweis eines „methodologischen Nationalismus“, das gelte selbst für Durkheim, dessen Religionssoziologie ja stark mit der Laizität in Frankreich verbunden ist. Patrick Watier kommt zu dem nämlichen Schluss, indem er jeweils das Erkenntnisinteresse von Simmel, Weber und Durkheim in den Blick nimmt: Auch wenn deren Forschung und Fragestellungen sich im nationalen Rahmen entwickelten, lässt sich deshalb nicht schließen, dass auch die wissenschaftliche Begriffsbildung eine nationale ist. Der zweite Teil des Bandes befasst sich mit aktuellen religionsrechtlichen Konflikten und Themen wie dem Kreuzifix- und Kopftuchstreit, dem staatlichen Religions- und Ethikunterricht oder Konflikten um Moscheegemeinden. In diesen Beiträgen wird deutlich, dass die jeweiligen Kon-

flikte in religionsrechtlicher Hinsicht eine nationale Lösung erfahren, gleichwohl muss sich das nationale Recht, nicht zuletzt durch Bezug auf international geltende Menschenrechte, mit neuen Grenzziehungen zwischen Religion und Politik befassen, so dass Ulrich Bielefeld von der Entwicklung hin zum „postsouveränen Nationalstaat“ spricht, die aber nicht mit dem Verschwinden des Nationalstaates gleichzusetzen sei.

Im Folgenden will ich das Augenmerk auf die theoretischen Erträge richten, die sich im Vergleich von Durkheims und Webers Religionssoziologie, vor allem im Bezug auf die begriffliche Trennung von Religion und Politik für die Kontroverse um die Säkularisierungstheorie als fruchtbar erweisen.

Tyrell arbeitet die Heterogenität der Religionssoziologie Webers und Durkheims heraus. Während bei Weber die Differenz zwischen Religion und Politik schon immer vorausgesetzt sei, seien das Gesellschaftliche und das Religiöse bei Durkheim bis zur Ununterscheidbarkeit kongruent. Als Folge der Differenzierung und Autonomisierung der außerreligiösen Institutionen verliert die Religion mehr und mehr Funktionen und wird zum evolutionären Verlierer. Diese „Scheidung“ werde aber später in den „Formes élémentaires“ wieder zurückgenommen und stattdessen die Gesellschaft sakralisiert. Für Durkheim verkörpert der Nationalstaat institutionell die gesellschaftliche Kollektivität, die „sakralen Ideen von 1789“ treten an die Stelle der religiösen Offenbarung. Als Folge der begrifflich-konzeptionellen Engführung von Gesellschaft / Nation, Staat und Religion / Kirche lasse sich mit den Kategorien von Durkheims Spätwerk die Differenz von Religion und Politik nicht mehr beschreiben. Bei Weber sind demgegenüber Staat und Kirche nur über ihren *Herrschafts*charakter miteinander verbunden, der die Differenz der Sphären allerdings nicht auflöse, sondern ihre Spannung und den mitunter offenen Kampf herausstelle. Weber führe auch das der Nation eigene Pathos nicht auf das Religiöse, sondern auf die Geschichte der politischen Gemeinschaft zurück, auch wenn sie sich dabei einer religiösen Semantik bediene.

Auch Alois Hahn verknüpft Webers Herrschafts- und Religionssoziologie systematisch miteinander und zeigt, dass Weber die Begriffe „Heiligkeit“ und „Charisma“ – anders als Durkheim – nicht genuin der religiösen, sondern der profanen Sphäre zuschreibt. Gleichwohl sei er nicht blind dafür gewesen, dass in der politischen Sphäre wie auch in den Bereichen der Kunst, der Wissenschaft oder der Liebe Formen der Heiligkeit oder der Bereitschaft der bedingungslosen Hingabe entstehen. Diese Form der „Sakralisierung des Politischen“ bedeute bei Weber aber keinen Einbruch des Religiösen ins Politische, sondern umgekehrt: er sehe in der möglichen Sakralisierung auch anderer Lebenssphären gerade deren Potential, zur Religion in Konkurrenz zu treten. Gerade weil die Sakralität keine exklusiv für die religiöse Sphäre reservierte Form des Erlebens sei, so Hahn, eigne sie sich nicht als Charakterisierung der Religion. Der Vorteil der Weberschen Konzeption gegenüber der Durkheimschen ist somit, dass sie die analytische Trennung der Bereiche Religion und Politik ermöglicht, und zwar ohne damit Sakralität und Heiligkeit als grundlegende Momente jeder, auch der säkularen Gesellschaft aufzugeben.

Hahn hat dabei explizit die Säkularisierungsdebatte im Blick (wenn auch nicht auf dem aktuellen Stand) und will den Begriff der Säkularisierung für die Soziologie retten. Gegen den Luckmannschen Religionsbegriff der „unsichtbaren Religion“ favorisiert er den von Luhmann, der das Religiöse an der Differenz von Immanenz und Transzendenz orientiert, um diese mit Webers Auffassung zusammenzuführen, derzufolge Religion nicht lediglich Funktionen erfüllt, die durch

andere Bereiche ersetzt werden können, sondern „dass Religion auf eigenständigen Unterscheidungen beziehungsweise Differenzen beruht“ (240). Seine These ist, dass, wenn eine an der Unterscheidung von Immanenz und Transzendenz orientierte Kommunikation sich ausdifferenziert habe, es für die Lösung dieses Problems außerhalb der Religion keine funktionalen Äquivalente mehr gebe. Damit versteht er Säkularisierung nicht als Funktionsverlust von Religion, sondern als deren Verselbständigung. Dem entspricht auch die These Bielefelds in dem Band: eine säkulare Gesellschaft habe ein bestimmtes Verhältnis zur Religion und impliziere nicht deren Verschwinden, entsprechend vollziehe sich der gegenwärtig zu beobachtende Bedeutungsgewinn der Religion in den westlich-europäischen Kernstaaten unter Beibehaltung der Trennung von Religion und Politik.

Christel Gärtner

Johannes Kopp: Bildungssoziologie. Eine Einführung anhand empirischer Studien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. 212 Seiten.

Was lange währt, wird endlich gut – Ein weiteres, seit längerer Zeit angekündigtes Lehrbuch zur Bildungssoziologie ist erschienen. Der Untertitel macht neugierig, man konnte gespannt sein, welche empirischen Beispiele ausgewählt würden.

In seinem Vorwort kündigt der Autor an, dass dieses Buch vor allem Spannung vermitteln soll; es soll also neugierig machen auf eine intensive Beschäftigung mit der Bildungssoziologie. Bei der Auswahl der empirischen Studien verzichtet Kopp bewusst auf eine ausführliche Darstellung der PISA-Studie und ähnlich gelagerter Untersuchungen. Wer also erwartet hatte, dass das vorliegende Werk sich vor allem auf diese, der Öffentlichkeit durch zahllose Beiträge in der Tagespresse durchaus bekannten Studien beziehen würde, muss enttäuscht sein. Vielmehr wählt der Autor vor allem ältere, teilweise bahnbrechende und heute noch wegweisende Beiträge aus, und das ist gut so.

Was soll nun ein Lehrbuch leisten? Es kann einerseits wichtige Begriffe, Theorien und Ergebnisse in verständlicher Form darstellen. Andererseits kann es jedoch auch als Einheit angesehen werden, welche ähnlich einer Lehrinheit ein Thema umfassend, gewissermaßen als „runde Sache“ darstellt. Vergleicht man den Aufbau des Buches mit dem Aufbau einer typischen Lehrveranstaltung zur Bildungssoziologie, wird man feststellen, dass es nur marginale Unterschiede gibt. Auf die Begriffsklärung folgt der historische Hintergrund und samt einiger Ausführungen zum Bildungssystem, ein Exkurs zur Bildungsexpansion bereitet auf den Theorieblock vor, danach werden einzelne Themenbereiche anhand empirischer Studien vorgestellt. Dies könnte ein klassischer Seminarplan in groben Zügen sein, und dies ist auch die Grobeinteilung des vorliegenden Lehrbuchs.

Kopp benötigt relativ wenig Platz für die Begriffsklärung und Hinführung zum Thema (das erste Kapitel umfasst gerade einmal 11 Seiten), jedoch nicht ohne dabei das Themengebiet klar von anderen Zugängen (z. B. der Pädagogik) abzugrenzen und die Einbettung in die Soziologie aufzuzeigen. Durch die klare und pointierte Ausdrucksweise gelingt es Kopp, auch Studienanfänger gewissermaßen mit der Nase auf die wichtigsten Punkte zu stoßen.

In Kapitel 2 wird der historische Hintergrund samt der Entwicklung des Bildungswesens aufgezeigt. Kopp verweist auf die große Bedeutung dieser historischen Entwicklung für das Verständnis (und Selbstverständnis) des heutigen Bildungssystems. Auch dies gelingt ihm in sehr anschaulicher Weise. Ebenso wird

bereits an dieser Stelle auf die theoretische Einbettung der Bildungssoziologie hingewiesen. Kapitel 3 trägt den schönen Titel „Die erste deutsche Bildungskatastrophe“ und stellt neben der Darstellung der Entwicklungen der 50er und 60er Jahre vor allem Argumentationsmuster vor, welche die Bedeutung des folgenden Kapitels so klar ankündigen, dass auch manch „theoriemüde“ Studierende neugierig werden.

Der Umgang mit der Theorielandschaft ist endlich einmal direkt auf die Bildungssoziologie bezogen und kommt somit ohne Umschweife zum Thema. In seinen Vorbemerkungen spricht Kopp den Missstand an, dass in bildungssoziologischen Beiträgen der Vergangenheit häufig der theoretische Hintergrund nicht klar kenntlich gemacht wurde. In der Tat hat der Leser so mancher Beiträge Schwierigkeiten, die theoretischen Modelle und zum Teil gar die Hypothesen aus den Texten herauszufiltern. Insofern leistet Kopps Buch hier einen wertvollen Beitrag und kann als Anleitung zum Lesen sozialwissenschaftlicher Literatur dienen, wenngleich es selbstverständlich die genaue, kritische Beobachtung neuerer Entwicklungen gerade im Theoriebereich nicht ersetzen kann.

Die beiden umfangreichsten Kapitel „Zur Bildungsungleichheit in Deutschland“ und „Bildung und ethnische Schichtung“ bilden den empirischen Kern des Lehrbuchs (wobei in allen Kapiteln auf empirische Beiträge rekurriert wird). Hier kommt auch in besonderer Weise die Auswahl der Literatur zum Tragen. Kopp bezieht sich, wie er bereits in seinen Vorbemerkungen ankündigt, vornehmlich auf „einige[r] zentrale[r] und heute nahezu klassische[r] Untersuchungen“ (S. 7). Wer sich intensiv mit der Bildungssoziologie befasst hat, weiß, dass eine Auswahl schwer fallen muss, wird aber hier die wichtigsten Beiträge wiederfinden, möglicherweise aber auch manches vermissen. Im Literaturverzeichnis stehen Klassiker neben aktuellen Publikationen, die Bandbreite wurde erfasst. Sicher hätte Kopp bei der Betonung der Bedeutsamkeit von Kontexteffekten auch näher auf aktuelle Beiträge in diesem Zusammenhang eingehen können. Auch der gesamte Bereich der vorschulischen Bildung wird nicht behandelt, obwohl sie zunehmend häufiger (auch kritisch) untersucht wird. Eine allumfassende Aufzählung der Literatur zur Bildungssoziologie war jedoch nicht die Intention des Autors. Vergleichsweise viel Raum widmet Kopp dafür den Gesamtschulen. In manchen Bundesländern ein „Unwort“, trifft man jedoch in Diskussionen über die Bildungsungleichheit immer wieder auf Lösungsvorschläge, welche einiges mit dem Gesamtschulkonzept gemein haben. Umso verwunderlicher ist es, dass es um die Gesamtschule so still geworden ist und umso wichtiger, dass dieses Thema endlich wieder kritisch betrachtet wird.

Alles in allem bietet Kopp mit seinem durch die Kompaktheit (sowie die Er-schwinglichkeit auch für Studierende) bestechenden Lehrbuch einen hervorragenden ersten Überblick, welcher sich sehr gut als einführende Literatur eignet. In einer auch für Studienanfänger verständlichen Sprache werden Zusammenhänge sowie Missstände aufgezeigt, das Buch sensibilisiert für eine kritische Betrachtung und gibt viele Hinweise, an welchen Stellen diese kritische Betrachtung besonders wichtig ist. Auch werden einige Begriffe aus dem Bereich der Operationalisierung sowie der Methoden erläutert, so dass es dem Verständnis keinen Abbruch tut, wenn der Leser nur über Grundkenntnisse der Methoden verfügt. Insofern eignet das vorliegende Werk sich nicht nur als Einführungstext, sondern gewissermaßen auch als Anleitung zum Lesen empirischer Texte. Studierenden wird aufgezeigt, wie man mit teils scheinbar widersprüchlichen Beiträgen umgehen sollte (siehe den Vergleich der Studien von Blossfeld/Shavit und Müller/

Haun), sie bekommen exemplarisch dargestellt, wie man Primärliteratur kritisch betrachtet und verschiedene Beiträge miteinander in Bezug setzt.

Insgesamt stellt dieses Lehrbuch also eine empfehlenswerte Einführung dar, die sowohl vorbereitend als auch veranstaltungsbegleitend genutzt werden sollte. Seinem eigenen Anspruch, die Neugierde des Lesers zu wecken, wird Kopp durchaus gerecht. Die vielen Literaturhinweise sowie das Aufzeigen einiger Missstände und die Andeutung neuer Entwicklungen motivieren Studierende sicherlich dazu, einmal im Literaturverzeichnis zu stöbern und nach neueren Beiträgen zu suchen, wenn die Zeit gekommen ist. Die Lektüre der Primärtexte und aktueller Publikationen kann (und will) dieses Lehrbuch nicht ersetzen.

Anja Harder

Joachim Fischer: Philosophische Anthropologie, Freiburg/München 2008: Karl Alber, 684 Seiten.

Die philosophische Anthropologie zählt zu jenen wissenschaftlichen Strömungen, die zwar immer wieder aufleuchten und ihren intellektuellen Reiz versprühen; ihre zentralen Begriffe Weltoffenheit, Instinktarmut, Körperausschaltung oder exzentrische Positionalität werden in den unterschiedlichsten Zusammenhängen gebraucht, und neben den einzelnen Autoren stößt auch die gesamte Richtung zuweilen auf sehr große Aufmerksamkeit, wie etwa beim vorletzten Soziologie-Kongress in Kassel, der sich mit Natur und Gesellschaft beschäftigte. Wer sich jedoch systematisch mit diesem Ansatz vertraut machen wollte, musste sich lange auf mittlerweile selbst schon historische Überblicke oder Darstellungen zu Einzelautoren stützen. Joachim Fischer hat diesen Mangel behoben – und er hat noch mehr gemacht: er hat die Frage, was eigentlich die Philosophische Anthropologie auszeichnet, auf eine höchst gründliche und ungewöhnlich detaillierte Weise beantwortet. Sein Blick richtet sich nicht auf die philosophische Anthropologie als ein Teilgebiet der Philosophie, sondern auf die „Philosophische Anthropologie“, die nach Fischer einen eigenen und sehr spezifischen Denkansatz bzw. eine eigene „Denkungsart“ aufweist. Um dies aufzuzeigen, rekonstruiert Fischer haargenau die Geschichte dieses Denkansatzes. Er führt uns von seiner Genese im Kölner Universitätsmilieu um Max Scheler im Jahr 1919 über die vielen Streitigkeiten über den Urheberanspruch (die manche unserer Altvordenen als nicht großmütiger erscheinen lassen als uns kleine Geister heute) und die Turbulenzen durch die verschiedene Positionierung im Dritten Reich bis zu ihrer Konsolidierung in der frühen Bundesrepublik und den allmählichen Rückgang seit den 1960er Jahren. Auch wenn er die gesamte Breite der philosophischen Anthropologie abdeckt, so identifiziert er ihren Kern doch vor allem in den Arbeiten von Max Scheler, Helmuth Plessner und Arnold Gehlen (auch Buytendijk, Hartmann, Portmann, Rothacker müssen hier genannt werden). Den Kern der Philosophischen Anthropologie bildet ein spezifischer „Denkansatz“, die „Denkart“ bzw. das, was Fischer auch zuweilen als Paradigma bezeichnet. Diese besteht im Wesentlichen in der Vorstellung einer „Sonderstellung“ des Menschen: „Jeweils vom menschlichen Geist ausgehend, aber mit Blick auf den lebendigen Körper ansetzend, wird im vergleichenden Durchgang durch Typen des Lebendigen – kontrastiv mindestens zum Tier – eine Gebrochenheit des Lebendigen auf dem Organisationsniveau des menschlichen Körpers ausgewiesen, in der nun die Phänomene des Geistes als Neuvermittlungen des Lebenskreislaufes zum Zuge kommen“ (549). Diese zentrale Gedankenfigur lässt sich bei Scheler finden, aber auch

bei Plessner und Gehlen, und sie wird auch von den anderen Autoren geteilt, die diesem Paradigma zuzurechnen sind. Doch bildet sie nicht nur den gemeinsamen Nenner der Philosophischen Anthropologie, sondern erlaubt auch, diese von anderen paradigmatischen Denkansätzen zu unterscheiden; sie verleiht ihr, so Fischer, ihren distinktiven Charakter zwischen idealistischen und materialistischen Positionen, aber auch zum Existentialismus, zur Lebensphilosophie und zur kritischen Theorie.

So distinkt die Philosophische Anthropologie als Denkansatz ist, so schwer jedoch ist ihr „Denkort“ auszumachen. Fischer bemerkt nicht nur eine gewisse „Ortlosigkeit“ der Philosophischen Anthropologie. Trotz ihrer eigenständigen Lage in der Topographie philosophischer Ansätze sieht er sie als „Denkort“ verschwinden. In der Tat endet die detaillierte Darstellung in den 1970-er Jahren, etwa mit dem Tod Gehlens. Genauer gesagt, sie läuft aus, behandelt Fischer doch noch ihren Niederschlag bei Blumenberg, Marquard und Schmitz.

Warum aber die „Philosophische Anthropologie“ trotz ihres so distinkten „Denkansatzes“ ihren „Denkort“ verliert, warum sie zwar nicht unsichtbar, aber doch unmarkant wird, ist eine Frage, die Fischer leider nicht beantwortet, die er auch nicht beantworten will, weist er am Schluss seines umfänglichen Buches auf die ausbleibende Aufgabe einer „kultursoziologischen“ und „mentalitätsgeschichtlichen“ Relationierung (598). Warum er eine einfache Geistesgeschichte schreiben kann und – als Soziologe – nicht einfach die (genau genommen:) wissenssoziologische Frage nach dem Seinsort der Philosophischen Anthropologie aufnimmt, bleibt durchaus zu klären. Denn auch Fischer selbst belässt es ja in seiner Darstellung keineswegs bei einer reinen Geistesgeschichte (wenn es denn so etwas gibt), sondern er liefert die Argumente für diesen „Verlust des Denkortes“ selbst. Abgesehen von seiner Skizze des Kölner Milieus, dann des „Netzwerkes“ der Philosophischen Anthropologie und der inneren Konflikte muss in diesem Zusammenhang vor allem die disziplinäre Verortung genannt werden. Obwohl er nämlich die Philosophische Anthropologie systematisch alleine in der Philosophie verortet und dort auch die vergleichbaren Denkansätze sucht (lediglich die Systemtheorie ist ihm als „soziologischer“ Ansatz einer Verortung in der Topographie der philosophischen Ansätze wert), institutionalisierte sich die Philosophische Anthropologie doch weitgehend außerhalb der Philosophie, erstaunlicherweise weniger in der Biologie (Portmann, Buytendijk), sondern vor allem in der Soziologie. Dies gilt nicht nur für Scheler, der die Abteilung Soziologie in Köln leitete oder für Plessner und Gehlen, die Professuren in der Soziologie inne hatten; es gilt auch für die Folgergeneration, die die Philosophische Anthropologie verbreitete: Bahrdt, Berger, Claessens, Luckmann, Popitz und Schelsky. Obwohl diese soziologische Liebe zur Philosophischen Anthropologie anhält (denkt man an Rehberg, Soeffner, Thomas), mag sie hier nicht so recht heimisch werden: So empfindet Plessner seine Rückkehr auf einen philosophischen Lehrstuhl als regelrechte „Erlösung“, und Fischer bemerkt, dass die Sozialtheorie für die Philosophische Anthropologie nie zentral wurde. Auch den Vorschlag, die philosophische Anthropologie etwa als „Protozoologie“ zu konzipieren, wurde nie konsequent aufgenommen. (Dass sie auch in der Biologie leider nicht rezipiert wurde, zeigen die empirisch höchst originellen Arbeiten Tomasellos.) Vor diesem Hintergrund jedenfalls wäre verständlich, dass Fischer in seinem so eindrucksvollen Buch die Philosophische Anthropologie als einen philosophischen „Denkansatz“ untersuchen kann, ohne detailliert auf ihren soziologischen Kontext eingehen zu müssen.

Hubert Knoblauch

Transnationale Eliten?

Eugen Buß: Die deutschen Spitzenmanager. Wie sie wurden, was sie sind. Herkunft, Wertvorstellungen, Erfolgsregeln. München/Wien: Oldenbourg 2007, 256 Seiten.

Max Haller: Die Europäische Integration als Elitenprozess: Das Ende eines Traums? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 545 Seiten.

Michael Hartmann: Eliten und Macht in Europa. Frankfurt am Main/New York: Campus 2007, 268 Seiten.

David Rothkopf: Superclass. The Global Power Elite and the World They are Making. London: Little & Brown 2008, 376 Seiten.

Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich seit einigen Jahren zunehmend mit „Globalisierung“, „Transnationalisierung“ oder „Europäisierung“, d. h. mit Konzepten und Prozessen länderübergreifender Konvergenz. Auf Basis eines breiten Spektrums theoretischer und methodischer Arbeiten liegen mittlerweile zahlreiche Arbeiten dazu vor, die nicht leicht zu resümieren sind. Bezüglich eines Aspekts besteht aber weitgehend Konsens: Es ist nicht von einer geradlinigen und allumfassenden Transnationalisierung auszugehen. So gibt es bspw. gesellschaftliche Teilbereiche (wie die Wirtschaft), die stärker von derartigen Trends betroffen sind als andere (wie die religiöse Sphäre). Auch werden nicht alle Personen gleichermaßen tangiert: Eine Transnationalisierung von Einstellungen und Handlungen lässt sich eher bei Personen mit hohem Sozialstatus finden.

Vor diesem Hintergrund gerieten in jüngerer Zeit zunehmend gesellschaftliche Eliten – meist verstanden als Inhaber von Spitzenpositionen – in den Blick, für die ein besonderes Ausmaß von Transnationalisierung zu erwarten, gleichzeitig aber auch demokratietheoretisch folgenreich wäre: Denn in vielen Lebensbereichen sollen kollektiv verbindliche Entscheidungen nach wie vor auf nationalstaatliche Meinungsbildungsprozesse zurückgehen und eine transnationalisierte, vernetzte und homogene Elite im Sinne einer „Machtelite“ (C. Wright Mills) könnte dies gefährden. Entsprechend interessant sind Untersuchungen einer solchen Eliten-Transnationalisierung – wie die vier hier rezensierten Bücher.

Eugen Buß analysiert deutsche Spitzenmanager. Er befragte Vorstandsvorsitzende und -mitglieder, Aufsichtsratsvorsitzende bzw. Inhaber der 100 größten Unternehmen in Deutschland und konzentrierte sich damit auf so genannte „Positionseliten“, also die Inhaber gesellschaftlicher Spitzenpositionen, weil diese als besonders einflussreich gelten.

Zunächst stellt er deren soziodemographische Merkmale vor und schildert sie – im Einklang mit anderen Elite-Studien – als überwiegend hochgebildete, protestantische Männer „aus dem arrivierten Milieu“ (17). Bei den anschließenden Schilderungen von Karriereverläufen und Werthaltungen kommt er dann auf ihre Transnationalisierung zu sprechen: Buß zeigt erstens, dass deutsche Spitzenmanager zwar überwiegend in Deutschland ausgebildet wurden, dass aber „[g]lut die Hälfte [...] schon in frühen Jahren im Ausland gewesen“ ist und dass gerade „die jüngeren Jahrgänge [...] diese Zeit als besondere Bereicherung [bewerten]: Sich in einem zuvor unbekanntem kulturellen Umfeld zu bewegen, hätte ihnen nachhaltig Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz vermittelt“ (101). Zweitens zeigt sich in den professionellen Netzwerken von 80 % der Manager, dass „internationale Netzwerke einen inzwischen fast selbstverständlichen Faktor im unternehmerischen Alltag“ bilden, dessen Bedeutung „nicht hoch genug veranschlagt

werden“ (245) kann. Drittens schließlich stellt Buß dar, welche Folgen diese Transnationalisierung von Karrieren und Netzwerken haben kann, indem er Fälle beschreibt, in denen nationale Bezugsgruppen und Verhaltensmuster zugunsten transnationaler zurücktreten. Dies ist interessant, auch wenn Buß den Befund nicht weiter qualifiziert und man z. B. nicht erfährt, wie oft eine solche „Amalgamierung unterschiedlicher Kultureinflüsse“ (249) zu finden ist oder ob diese zur Entstehung einer transnationalen Managementschicht beiträgt.

Buß' Analyse ordnet sich in eine längere Tradition von Elitestudien ein, die jeweils die Elite eines Landes für einen gesellschaftlichen Teilbereich untersuchen. Der Mehrwert seiner Studie liegt darin, dass er sich auf die Inhaber wirklicher Spitzenpositionen in Unternehmen beschränkt, damit eine dichte Beschreibung des Kerns von Wirtschafts- bzw. Unternehmenseliten vorlegen kann und dass er, wie geschildert, deren Transnationalisierung einbezieht.

Die Arbeiten von Michael Hartmann und Max Haller stehen für einen zweiten, bislang weniger verbreiteten Typus von Elitenstudien: Sie beschreiben europäische Eliten vor dem Hintergrund der europäischen Integration innerhalb der EU.

Die Stärke der Hartmannschen Analysen liegt dabei in ihrer Breite und ihrer sektoren- und ländervergleichenden Perspektive. Zwar fokussiert er, wie viele andere Autoren auch, politische und Wirtschaftseliten am stärksten. Aber er bezieht auch Verwaltungs- und Justizeliten ein – und dies für eine Vielzahl europäischer Länder. Empirisch fußen seine Vergleiche einerseits auf Sekundäranalysen bestehender Studien, andererseits auf der Auswertung der Lebensläufe von Positionseliten, die er u. a. aus dem „Who is Who“, Massenmedien und dem Internet rekonstruiert.

Hartmann schildert zunächst die Rekrutierung und die Merkmale von Eliten in unterschiedlichen europäischen Ländern. Dabei werden einerseits einige grundlegende, länderübergreifende Parallelen deutlich (etwa die Herkunft der Eliten aus höheren sozialen Schichten). Andererseits wird aber eine Vielzahl von persistenten nationalen Unterschieden deutlich – auf der einen Seite die generationenübergreifende Homogenität französischer, britischer oder osteuropäischer Eliten, die sich oft aus wenigen Elite(hoch)schulen rekrutieren, auf der anderen Seite das sektorenübergreifend offene „skandinavische Modell“ (158 ff.) oder die heterogenere Elitenzusammensetzung in Deutschland. Angesichts dieser beständigen nationalen Spezifika findet Hartmann kaum Indizien für die Herausbildung einer europaweit einheitlichen Elite, nicht einmal für eine zunehmende Homogenisierung der einzelnen nationalen Eliten. Dies gilt auch für Wirtschaftseliten: Dort findet sich zwar, im Einklang mit Buß' Studie, das vergleichsweise stärkste Ausmaß an Transnationalisierung, aber abgesehen von der Schweiz und (aufgrund der Kolonialgeschichte) Großbritannien hat kaum ein Land eine wirklich transnationalisierte Wirtschaftselite vorzuweisen. Sogar bei den EU-Eliten kann Hartmann überraschenderweise keine Transnationalisierungstrends erkennen: Die Karriereverläufe von EU-Kommissaren, Generaldirektoren und höheren EU-Beamten waren und sind eng an die typischen Lebensläufe der Herkunftsländer gebunden und weisen überraschend geringe transnationale Erfahrungen auf.

Max Hallers Studie ist etwas anders ausgerichtet und kommt auch zu etwas anderen Befunden: Er untersucht politische, wirtschaftliche und Verwaltungseliten unterschiedlicher Länder sowie der EU hinsichtlich der Frage, inwieweit diese horizontal, also untereinander integriert sind und das Projekt EU gemeinsam etabliert und vorangetrieben haben. Zudem konzentriert er sich auf die vertikale

Integration, d. h. auf die gesellschaftliche Rückbindung dieser Eliten und konstatiert gerade bei deren Einstellungen zur EU eine massive Kluft zwischen ihnen und den Bürgern – beide führen ein „Leben in zwei Welten“ (23 ff.). Haller stellt damit, und dies ist ebenso verdienstvoll wie in der neueren Elitenliteratur selten, Eliten und Bürger systematisch gegenüber.

Auf der Basis qualitativer Interviews, der Auswertungen von Biographien, Bevölkerungsumfragen, Dokumentenanalysen und amtlichen Statistiken beschreibt er zunächst die Interessen, Werte und teils auch Handlungszwänge der politischen Eliten in Europa. Er beschreibt, wie diese die europäische Integration in autokratisch-elitärer Weise vorangetrieben, die Vorstellungen der Bürger vernachlässigt und erst im Nachhinein versucht hätten, ihre Politik zu legitimieren. Er schildert weiterhin, dass sie dabei von zwei weiteren Eliten unterstützt wurden: erstens von Wirtschaftseliten, die ein massives Interesse an einer Europäisierung der Märkte hatten und dieses in Ermangelung machtvoller Gegenspieler (etwa einer europäisch organisierten Arbeitnehmervertretung) auch umsetzen konnten; zweitens von der EU-Verwaltung, der „Eurokratie“ (221 ff.). Zwischen diesen Eliten und über Ländergrenzen hinweg macht Haller eine intensive und zudem höchst intransparente Vernetzung aus. Haller findet damit also, anders als Hartmann, tatsächlich Anzeichen einer demokratietheoretisch bedenklichen „Machtelite“, deren Interessen von denen der Bürger abweichen.

Hier schließt der Band von Rothkopf an, der für einen dritten Typus von Elitenstudien steht: Er schließt explizit an Mills an und diagnostiziert die Existenz einer globalen Machtelite aus ca. 6.000 Regierungs- und Militärvertretern, Managern, Bankiers, Religionsführern, Journalisten, Intellektuellen, Künstlern, Vertretern von NGOs und auch aus Schatteneliten wie führenden Kriminellen. Diese seien durch „countless threads“ (48) verbunden, oft in ähnlicher Weise bzw. an den gleichen Institutionen sozialisiert und konstituierten mittlerweile eine „superclass“: eine „new class without a country“ (11), die in der Lage sei, das Schicksal ganzer Volkswirtschaften zu entscheiden, Druck auf Regierungen auszuüben oder militärische Aktionen durchzusetzen und auf diese Weise ihre Interessen durchsetze und ihre Machtposition zementiere. Das Bild, das Rothkopf dabei von einer hochgradig integrierten und omnipotenten Machtelite zeichnet, ist allerdings recht holzschnittartig. Seine Schilderungen beschränken sich zudem weitgehend auf den Teil der „Superklasse“, den er als hoher Mitarbeiter der Clinton-Administration selbst kennt: US-amerikanische ökonomische und politische Eliten. Für diesen Ausschnitt der globalen Elite mögen Rothkopfs Beschreibungen vielfältiger Verbindungen, geteilter Interessen und gemeinsamer Handlungsstrategien plausibler sein als für andere, und diese Akteure mögen auch häufig einflussreiche Positionen innerhalb der „superclass“ innehaben – aber ob sich Rothkopfs Schilderungen so einfach auf eine globale Elite übertragen lassen, wie der Autor diese nahelegt, bleibt zweifelhaft. Verdienstvoll bleibt, dass die Arbeit ein schwer zugängliches Elitensegment aus der Perspektive eines Insiders beschreibt, aber ohne sozialwissenschaftliche Fundierung und die Generalisierbarkeit der präsentierten „anecdotal evidence“ kaum einzuschätzen.

Eine abschließende Antwort auf die eingangs formulierten Fragen hinsichtlich der Art und des Ausmaßes einer Transnationalisierung von Eliten liefern die hier rezensierten Bände also nicht. Allen gemeinsam ist die Diagnose einer bestehenden Vernetzung nationaler Eliten, die sich in den vergangenen Jahrzehnten möglicherweise intensiviert hat. Ob sich darüber hinaus eine Homogenisierung der Werte, Interessen und Handlungsmotive von Eliten unterschiedlicher Länder

zeigt, bleibt unklar. Ebenso nicht abschließend beantwortet werden kann die Frage, ob sich – und wenn ja, in welchem Ausmaß, in welchen Sektoren und für welche geographischen Regionen – bereits eine transnationale „Machtelite“ ausmachen lässt. Dahingehend besteht weiterer Forschungsbedarf, den die besprochenen Bände aber mit einer Reihe von Befunden anregen können.

Mike S. Schäfer

Max Weber: Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter. Schriften 1889–1894, hg. v. Gerhard Dilcher und Susanne Lepsius, (Max Weber Gesamtausgabe, Abteilung I: Schriften und Reden, Band 1), Tübingen 2008, XVIII/661 Seiten

Die Dissertation eines berühmten Wissenschaftlers muss nicht unbedingt das künftige Genie ankündigen. Im Fall von Max Weber fällt die Bewertung heute zwiespältig aus. Auf der einen Seite handelt es sich um ein Werk, das nach wie vor Bedeutung hat und auf seine Art bis heute gültig ist. Auf der anderen Seite ist die Arbeit stark abhängig von der Arbeitsweise des Doktorvaters Levin Goldschmidt. Zweifellos handelt es sich bei diesem um einen der bedeutendsten deutschen Handelsrechtler der vergangenen Jahrhunderte; manche bezeichnen ihn in überzogener Weise als „Begründer“ des Handelsrechts. Seine Geschichte des Handelsrechts ist immer noch bedeutend. Doch seine Methode gilt inzwischen als überholt. Sowohl das Werk des Doktorvaters zum Handelsrecht als auch das des Schülers zur Geschichte des Gesellschaftsrechts würden daher heute nicht mehr so konzipiert werden können. Da die sie charakterisierende Verbindung von guter Quellenkenntnis und juristisch-analytischem Scharfsinn immer wieder anregend ist, werden diese beiden Arbeiten, paradoxerweise gerade weil sie methodisch obsolet sind, auf Dauer ihre Bedeutung behalten.

Stellt dies bereits einen ausreichenden Grund dar, die Arbeit des Schülers wieder neu aufzulegen? Gerhard Dilcher räumt dabei im Vorwort und der hundertseitigen Einleitung sofort mit einem Missverständnis auf: Die Schrift, die bisher als Dissertation angesehen wurde, ist eine zwischen Dissertation und Habilitation angefertigte Schrift; als Promotion wurde lediglich ein Kapitel davon gedruckt. Was man als Dissertation ansah, ist also eigentlich nur die Erstlingsschrift.

Dilcher führt eingehend in die Entstehungsgeschichte der Arbeit und ihre Aufnahme in der Wissenschaft ein. Dabei erklärt er genau die von Weber gewählte Methode: Zunächst präzisierte er die Fragestellung und bildete dafür analytische Begriffe, hier insbesondere die *Commenda* (S. 71). An diesen Vorgaben wurden dann die Quellen gemessen, so dass einmal mehr, einmal weniger das erhoffte Ergebnis gefunden wurde. Stets jedoch wurde nicht die Quelle nachgezeichnet, sondern die Bestätigung der Vorgabe gesucht: Im Ergebnis wurde also weniger ein Überblick über die Quellen als vielmehr die Verfestigung des eingangs als Frage formulierten Bildes gewonnen. Dilcher sieht in dieser Wahl vorab geprägter analytischer Begriffe eine Präfiguration der Arbeitsmethode des Soziologen. Vielleicht lernt man hier auch nur verstehen, warum sich Weber von einer solchen Rechtsgeschichte allmählich abwandte.

Die Edition fügt sowohl die Gutachten zum Werk als auch die im Kontext der Promotion angefertigten Exegesen bei. Einen biographischen Wert wird man dem immerhin nicht absprechen können. Ebenso werden weitere fünf thematisch verwandte Rezensionen Webers hinzu gegeben. Sie zeigen jedenfalls den breiten Blick Webers und eine bis 1894 anhaltende Beschäftigung mit dem Thema. Dem-

gegenüber bleibt die Arbeit zu den Handelsgesellschaften von zentraler Bedeutung im Band. Er macht damit deutlich, welche Bedeutung diese Schrift für Weber hatte.

Zwar wurde auch das Werk von Goldschmidt neu aufgelegt. Doch was gewinnt man hier durch die vorgelegte Editionsarbeit? Der editorische Apparat von Susanne Lepsius, ergänzt durch einen editorischen Bericht von ca. 40 Seiten, geht zahlreichen Fragen nach. Insbesondere die Quellen werden bibliographisch und inhaltlich erklärt. Der Leser kann nun nachvollziehen, woher Weber seine Informationen bezog, sogar dort, wo Weber falsche Angaben machte. Dadurch werden seine Aussagen zu den verschiedenen Rechten nachvollziehbar. Für den Leser bedeutet das auch, dass ihm die Kritik an den Ausführungen leichter fällt. Weber zeigt sich in dieser Arbeit als Kenner der Mittelmeer-Rechte, v. a. der Statuten oberitalienischer Städte; doch Susanne Lepsius ist ihm hierin deutlich überlegen. Selbst dort, wo Weber längst veraltete Editionen verwandte, fand sie seine Quelle. Durch den Hinweis, dass Weber die Bibliothek Goldschmidts benutzte, versteht man auch, wie es dazu kam.

Dieses Beispiel illustriert besonders gut, wie viel leichter nun aufgrund des editorischen Apparats der Umgang mit den Befunden Webers ist. Durch die gründliche Leistung von Susanne Lepsius kann man Webers Ausführungen vor dem heutigen Kenntnisstand zu den Quellen verifizieren bzw. kritisieren. Dadurch wird es möglich, seinen Anregungen nachzugehen und von seinem analytischen Scharfsinn zu profitieren, ohne von seinen Vorgaben gefangen zu werden. Hierin liegt ein erheblicher Mehrwert zur alten Ausgabe. Der neuen Edition kommt Bedeutung zu: Durch diese Edition wird diese Schrift nicht nur wieder verfügbar und leichter nutzbar, vielmehr kann die Schrift erneut wie zu ihrer Entstehungszeit, nunmehr allerdings durch die von Susanne Lepsius ermöglichte Kritik, anregend auf die Historiographie vom Handelsrecht wirken.

Mathias Schmöckel

Gregor Bongaerts: Verdrängungen des Ökonomischen. Bourdieus Theorie der Moderne. Bielefeld: transcript Verlag 2008, 372 Seiten.

Die vorliegende Dissertationsschrift möchte die verkürzte Wahrnehmung von Bourdieus Werk auf den Habitusbegriff und die Theorie sozialer Ungleichheit aufheben. Der Autor sieht darin eine Theorie der Moderne angelegt, die durch Anschluss an die Differenzierungstheorie gehoben werden kann. Dass sich die Theorie sozialer Felder in diesem Sinne lesen lässt, ist in den letzten Jahren zwar in der Sekundärliteratur festgestellt, aber nirgends systematisch ausgearbeitet worden. Man vermisst allerdings die Auseinandersetzung mit und die Angabe des Sammelbandes „Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich“ (2004). Bourdieu ist sicherlich kein Autor, der in der bisherigen differenzierungstheoretischen Debatte eine zentrale Rolle spielt. Eine Auseinandersetzung mit den dafür relevanten Autoren und den dort thematisierten zentralen Problembereichen findet man in seinem Werk nicht. Bongaerts erklärt dies damit, dass Bourdieu Theorie-Debatten nicht interessierten und er Theoriearbeit auf konkrete Forschungsprobleme bezog, aber nicht als Selbstzweck betrieb. Entgegen den Versuchen von systemtheoretischer Seite, Bourdieus Arbeiten als defizitär abzuwerten, soll seine Theorie sozialer Felder auf gleicher Augenhöhe mit den etablierten Theorien sozialer Differenzierung präsentiert und ein eigenständiger Beitrag zu diesem Diskurs geliefert werden.

Im zweiten Kapitel bemüht sich der Autor um eine Klärung der alles andere als eindeutigen Begrifflichkeit Bourdieus. Zu nennen ist hier die Beziehung zwischen „sozialem Raum“ und dem „Feldbegriff“. In gängigeren Begriffen ist der erste identisch mit der Analyse sozialer Ungleichheit und der Sozialstruktur und der zweite mit der institutionellen Differenzierung. Dies soll allerdings nicht im Sinne vertikaler Klassen und horizontaler Institutionendifferenzierung missverstanden werden. Bourdieu interessiert die Interaktion zwischen diesen beiden zentralen Strukturachsen, wie sich Klassendifferenzierungen in die Felder einschreiben und wie sich Dominanzen zwischen den Feldern ausbilden. Rollentheoretisch unterscheiden sich Felder und sozialer Raum nach Leistungs- und Publikumsrollen. Die Felder sind verantwortlich für die Produktion und die Klassen konstituieren sich über Konsumption.

Im dritten Kapitel wird der Feldbegriff genauer gefasst. Feldgrenzen werden über eine spezifische Weltsicht, Regeln, spezifische Kapiteiformen und die affektuelle Verankerung, den unbedingten Glauben an den Sinn der feldspezifischen Spielregeln errichtet. Der Fokus eines Feldes ist nicht die Zuständigkeit für eine Funktion, sondern die Alleinständigkeit für eine singuläre Weltsicht, wie sie in Webers Polytheismus der Wertsphären formuliert ist. Anders als bei diesem sind bei Bourdieu die einzelnen Felder in ein Metafeld der Macht eingelassen, in dem sich die Spannungsverhältnisse zwischen ihnen ausbilden (viertes Kapitel). Staat, Recht und Bildungssystem bilden den Rahmen für die Ausdifferenzierung der Felder. Die staatlichen Institutionen prägen und normieren den Wert der Kapitalsorten. So legen Bildungstitel den Wert kulturellen Kapitals und die Konvertierungsbedingungen in andere Kapitalsorten fest. Die staatszentrierte Fassung der Moderne bei Bourdieu stellt Bongaerts der zentrumslosen Gesellschaft bei Luhmann entgegen. Die Felder stehen nicht unmittelbar zueinander, sondern vermittelt über das Feld der Macht, in dem die Asymmetrie der Felder, ihr unterschiedlicher Grad der Autonomie sich ausbildet. In diesem Machtfeld wird um die Herrschaft über das Symbolische gerungen. Bourdieus zentraler Begriff der „*symbolischen Gewalt*“ beschreibt die Produktion und Reproduktion von sozialen Ordnungen, die aufgrund von sozial verteilten und durchgesetzten symbolischen *Weltsichten* erfolgt, welche die gegebenen Verhältnisse als selbstverständlich gerechtfertigt (legitimiert), wahr und natürlich erscheinen lassen“ (31). Soziologischer Aufklärung geht es darum, dieses Natürliche als kontingent aufzudecken.

Im fünften und sechsten Kapitel wird Bourdieus Theorie in den Kontext der Differenzierungstheorie gestellt. Dazu werden fünf zentrale Problembereiche identifiziert: das gesellschaftliche „Ganze“, vormoderne vs. moderne Gesellschaft, Differenzierung und Integration, Individuum/Individualität und sozialer Wandel als gesellschaftliche Evolution. Im Vergleich werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Stärken und Schwächen von Bourdieus Theorie identifiziert. Das Urteil fällt uneinheitlich aus, zeigt aber doch Defizite und Leerstellen in Bourdieus Werk auf. Etwa das bei ihm fehlende Konzept symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien; der für die Integrationsproblematik überstrapazierte Habitusbegriff, der Individualität und mehrfache Inklusionen schwerlich fassen kann; und schließlich hat die auf Staatsmacht fokussierte Feldtheorie Schwierigkeiten, Globalisierungsprozesse adäquat zu analysieren.

Den zentralen Unterschied zu den gängigen Differenzierungstheorien sieht Bongaerts in der „Verdrängung des Ökonomischen“. Während vormodern der Gagentausch alle sozialen Beziehungen durchwirkt (Mauss), konnten sich erst mit

der Ausdifferenzierung des eigenständigen Feldes der modernen Ökonomie die anderen Felder auf die ihr eigene Logik und Weltsicht stützen. Unter Verwendung psychoanalytischer Denkfiguren stellt der Autor (339) fest, dass Verdrängtes untergründig, aber wirksam bleibt. Für diese Doppelbödigkeit sozialer Praktiken interessiert sich Bourdieu. Es geht nie nur um die Eigenlogik und eigenrechtlichen Rationalisierungsprozesse der Sphären, sondern diese werden gebrochen durch eine latente Ökonomie: in der Religion steht nicht nur Brüderlichkeitsethik im Mittelpunkt, sondern die Konkurrenz um das Heilsmonopol und die Positionen im religiösen Feld; in der Wissenschaft geht es nicht nur um die Produktion wissenschaftlicher Wahrheiten, sondern um die Konkurrenz um das symbolische Kapital der Anerkennung und institutioneller Macht. Bourdieu stellt eine nicht vollendete Reinigung der Felder von den Einflüssen der Ökonomie fest. Die heteronome Bestimmung der Felder ist für die Kulturproduktion kontraproduktiv.

Bourdieu ist ein Autor, der zwischen Marx und Weber bzw. Luhmann steht und stehen geblieben ist. Die Felder bewegen sich zwischen ökonomischer Determination und einer von Bourdieu für möglich gehaltenen eigengesetzlichen Entwicklung. Leider erfährt man wenig darüber, warum sich die Ökonomie im Modernisierungsprozess auf solch durchgehende Weise Geltung verschaffen konnte und noch weniger darüber, unter welchen Bedingungen eine weitergehende Differenzierung der Felder in Richtung Überwindung oder Zurückdrängung des Ökonomischen möglich ist. Letzteres verlangt wohl eine andere Theoriekonzeption als die Bourdieu'sche, weil damit seine zentrale Pointe verloren geht.

Bongaerts ist nicht unkritisch gegenüber Bourdieu, aber ihm fehlt eine ausreichende kritische Distanz, um über Bourdieu hinaus die begrifflichen Differenzierungen und Präzisierungen zu bieten, mit denen sich diese Theorieprobleme angehen lassen. Nur einige: Der Begriff des Ökonomischen ist schwammig und überstrapaziert. Was als verdrängte „Ökonomie“ der Praxen geboten wird, ist genauso gut als politische Strategie zu lesen, etwa Kampf um Monopole. Sowohl die Ökonomie als auch die politische Macht sind Metafelder oder -prinzipien, das Verhältnis beider ist aber nicht geklärt: synchron im Verhältnis der Felder zueinander und diachron für den historischen Prozess der Ausdifferenzierung. Die historische Genese wird sehr stark auf die Ökonomie und die Politik (auf den Staat) bezogen. Aufgrund unklarer Begrifflichkeiten sind Übergangsprozesse von vor-modernen zu modernen Sozialverhältnissen aber nicht genau zu fassen. Weiterhin ist Symbolisches und Ökonomisches sowie subjektivistisch und objektivistisch nicht richtig gefasst. Wird einmal Symbolisches und Ökonomisches, etwa in der Feldtheorie, kontrastiert, ist dann wieder von symbolischer Ökonomie und „ökonomischer Ökonomie“ (?) die Rede. Im Übrigen ist symbolisch nicht mit subjektivistisch und ökonomisch mit objektivistisch identisch, wie an mehreren Stellen des Buches zu lesen ist. Beide liegen quer zueinander.

Trotz dieser Mängel ist Bongaerts Buch lesenswert. Es bietet einen wichtigen Beitrag zu einer differenzierungstheoretischen Lektüre Bourdieus – in beide Richtungen: Aufdecken der Lücken, Defizite in Bourdieus Werk und Blind- und Schwachstellen der Differenzierungstheorien mit Bourdieu identifizieren.

Thomas Schwinn

Frieden als Ausnahmezustand

Marcel Baumann: Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformation. Wiesbaden 2008: VS Verlag, 224 Seiten.

In der klassischen politischen Theorie schließen Kriegs- und Friedenszustand einander aus. Dazwischen gibt es nichts Drittes, der eine Zustand beendet den anderen. Ähnlich verhält es sich in der Theorie mit dem Bürgerkrieg. Er wird durch die Einsetzung eines übermächtigen Leviathans abgeschlossen, der die Parteien dem Gewaltmonopol unterwirft und den inneren Frieden garantiert. Diese Sichtweise erweist sich zeitgemäßen Erfahrungen aber nicht mehr angemessen. Insbesondere der Frieden am Ende eines Bürgerkriegs ist häufig nicht einfach das Ergebnis eines Entschlusses bzw. Vertrages, sondern ein dorniger Weg, der von den beteiligten Parteien und den involvierten Gemeinschaften zurückgelegt werden muss. Daher spricht man in diesem Zusammenhang von *Friedensprozessen*.

Mit genau diesen Prozessen und den Mechanismen, die sie unterstützen, beschäftigt sich die Studie des Freiburger Politologen Marcel Baumann mit dem Titel „Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden“. Baumann geht von der Beobachtung aus, dass Friedensprozesse „nicht das Ende der Gewalt sind.“ Vielmehr sind sie konflikt- und krisenanfällig, geprägt von Rückschlägen und vielfach durch hohe Kriminalitätsraten und anomische Phänomene gekennzeichnet. Die bewaffnete Auseinandersetzung wurde zwar beendet, „der Frieden aber noch nicht erreicht“. Baumann geht es nun darum, diese Zwischen- oder Halbwelt der Post-Konflikt-Gesellschaften begrifflich aufzuschlüsseln und im Sinne einer nachhaltigen bzw. „enttäuschungsfesten“ Friedenskonzeption bestimmte „best practices“ herauszuarbeiten. Dabei kann er zeigen, wie sehr Friedensprozesse von sozialen, subpolitischen und kulturellen Faktoren abhängig sind, die nicht einfach von der Entscheidungsebene der politischen Führung aus oder von staatlichen Institutionen kontrolliert werden können. Der Autor wendet sich daher gegen Ansätze, die den Frieden einseitig durch die Wiedererrichtung staatlicher Strukturen herstellen wollen: Statt „stateness first“ und „temporary dictatorship“ (Roland Paris) also „society first“. Methodisch wendet sich die Arbeit daher soziologischen Theorieangeboten zu und versucht diese im Sinne einer interdisziplinären Übertragung für die politikwissenschaftliche Fragestellung nutzbar zu machen. Umgekehrt hat dies zur Folge, dass die Studie für soziologische Forschungen interessant wird, die sich mit Krieg und Gewalt in der Moderne befassen. Empirisch stützt sich Baumann auf drei Fälle: Südafrika, Nordirland und Mazedonien. Durch die vergleichende Perspektive gelingt es ihm, tragende Elemente einer nachhaltigen Friedensstruktur bzw. der Friedenskonsolidierung herauszuarbeiten.

In den untersuchten sozialen Ordnungen kann von einem staatlichen Gewalt- und Rechtsmonopol nur sehr begrenzt gesprochen werden. Die Kriminalität ist sehr hoch und wird durch die „vigilantistische Gewalt“ der bewaffneten Gruppen gegen Kriminelle und auffällige Jugendliche gehandelt. Allerdings verstärkt diese Gewalt lediglich den Gewaltzirkel. Ebenso wenig wie der in den Konflikt involvierten Polizeitruppe gelingt es den bewaffneten Gruppen, Kriminalität einzudämmen und das Sicherheitsbedürfnis der Gemeinschaften zu befriedigen. Die in der Vergangenheit feindlich aufeinander bezogenen Wir-Gruppen verharren

zudem in einem Zustand der ethnopolitischen Schließung bzw. der „freiwilligen Apartheid“, so dass kleinere Konflikte und Provokationen ständig zu eskalieren drohen. Der Friedensprozess ist somit äußerst krisenanfällig.

Allerdings sind in den untersuchten Gesellschaften auf allen gesellschaftlichen Ebenen Prozesse in Gang gesetzt worden, die der permanenten Gewalt entgegen arbeiten und auf eine konstruktive Bewältigung der Gewaltverhältnisse abzielen. Baumann zeigt, dass dabei vor allem zwei Aspekte von zentraler Bedeutung sind: Zum einen muss das Bedürfnis nach „Sicherheit“ befriedigt werden. Hierbei geht es erstens um kurzfristige Interventionen gegen Gewalteskalationen. Ein Beispiel dafür sind Handy-Netzwerke, die den Kontakt zu Ansprechpartnern „auf der anderen Seite“ erlauben. Dadurch kann Gerüchten, Bedrohungsängsten oder durch Jugendgewalt verursachten Spannungen entgegen gewirkt werden. Zweitens müssen Maßnahmen gegen die grassierende Kriminalität getroffen werden, wobei ein neues Vertrauen in Polizei und Justiz erst geschaffen werden muss. Die Polizeitruppe und das Rechtssystem müssen grundlegend reformiert und neu in die sozialen Strukturen eingebunden werden. Zurückgegriffen wird dabei auf den Restorative-Justice-Ansatz, der darauf abzielt, die Strukturen des Vigilantismus zu durchbrechen, die militärisch strukturierte Polizeitruppe in einen zivilen Polizeidienst umzuwandeln („service“ statt „force“) und durch möglichst breite Partizipation Gerechtigkeit herzustellen. „Gerechtigkeit“ ist demnach „dann vorhanden, wenn sie die Bedürfnisse der ‚Opfer‘, der ‚Betroffenen‘ und der ‚Täter‘ gleichermaßen erfüllt. Die Restorative-Justice-Intervention setzt deshalb auf der Ebene der Gemeinschaft an, in der das Gwalthaten stattfindet. Die kommunale Ausrichtung der Restorative-Justice-Maßnahmen ist der entscheidende Punkt.“

Zum anderen muss der Friedensprozess die Strukturen der ethnopolitischen Schließung und der Abgrenzung überwinden. Freiwillige Apartheid führt zu problematischen Schnittstellen zwischen den Gemeinschaften, an denen der Konflikt immer wieder aufzuflammen droht („Interface-Gewalt“). Zudem zeichnet sie sich durch diametral entgegen gesetzte kulturelle Gedächtnisse und Gemeinschaftsidentitäten aus. Die Gemeinschaften empfinden nicht nur die Kultur und Existenz des jeweils Anderen als eine Beeinträchtigung ihrer „Sicherheit“, sondern ihre historische Mythenbildung ist so strukturiert, dass es Scharfmacher leicht haben, die Gemeinschaft hinter sich zu versammeln und gemeinschaftsübergreifende Friedens- und Kommunikationsstrukturen zu torpedieren. Die freiwillige Apartheid verhindert zwar auf den ersten Blick den Konflikt; allerdings ist dies letztlich eine Illusion, da die sozialen Gruppen anders als geschiedene Ehepartner nicht einfach ihrer Wege gehen können, sondern sozial und räumlich miteinander auskommen müssen. Nach Baumann ist es daher wichtig, dass der „negative Frieden“ der freiwilligen Apartheid in einen „positiven Frieden“ transformiert wird, der die ethnopolitische Schließung aufbricht und zu gegenseitigen Anerkennungsprozessen führt. Die Strukturen der gegenseitigen Abschließung durchdringen dabei alle gesellschaftlichen Bereiche – Arbeit, Wohnen, Schule, Freundschaft, Geschlechterbeziehungen, symbolische Ordnung – und stellen somit eine totale soziale Tatsache dar. Es ist erstaunlich, dass Baumann hier nicht auf Marcel Mauss verweist, aber in der Sache hat er dennoch unbedingt Recht. Ohne Transformationsprozesse, die auf gesellschaftlichen (statt nur politischen) Ebenen ansetzen, ist die freiwillige Apartheid nicht zu überwinden und nur ein äußerlicher und prekärer Frieden zu erreichen.

Als erfolgreiche Gegenstrategien stellt der Autor insbesondere zwei Maßnahmen heraus. Erstens verweist er auf langfristig angelegte Interventionen („Pro-

vention“ nach John Burton). Es geht darum, im Denken und Handeln der Gemeinschaften Habitusformen zu verankern, die der freiwilligen Apartheid entgegen laufen. Wenn die Gegner es normal finden, mit dem Anderen über Paradezüge (Nordirland) oder Beerdigungen (Südafrika) zu verhandeln, ist schon viel gewonnen. Insgesamt kommt es darauf an, gemeinsame Kommunikationsräume zu schaffen, in denen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen miteinander gesprochen wird („Friedens-Diskursivierung“). Diese Kommunikationsräume beruhen einerseits auf den Prinzipien der Diskretion und des Vertrauens, denn es handelt sich um eine institutionalisierte Kommunikation „mit dem Feind“, die durch massenmediale und politische Skandalisierung empfindlich gestört werden kann. Andererseits sind diese Kommunikationsräume inklusiv, d. h. sie schließen niemanden aus, der das Vertrauensverhältnis akzeptiert. Je mehr gesellschaftliche Akteure sich an solchen Kommunikationsräumen beteiligen, desto besser, denn dadurch erhöht sich die gemeinsame „Ownership“ der Konfliktparteien am Friedensprozess. Wenn die Communities den Frieden als ihre gemeinsame Sache betrachten, beginnt ein grundlegender gesellschaftlicher Verwandlungsprozess, denn die Kommunikation wird von Kriegs- auf Friedenscodes umgestellt.

Zweitens müssen die einander ausschließenden Geschichtskonstruktionen durchgearbeitet werden, wenn freiwillige Apartheid durchbrochen werden soll. Baumann spricht hier von Restorative Justice als „gesellschaftlichem Großprojekt“. Beispiele wären die Wahrheitskommissionen in Südafrika oder die zögerlichen Versuche in Nordirland, auch bei Mitgliedern der jeweils anderen Gemeinschaft einen Opferstatus anzuerkennen. Dieser Prozess ist äußerst schwierig zu gestalten, denn er kann nicht von Außen aufgezwungen werden. Er zielt darauf, die Wahrnehmung von „Gerechtigkeit“ aus den partikularen Strukturen der ethnopolitischen Schließung zu befreien und Gerechtigkeit als ein gemeinsames (letztlich allgemeines) Konzept zu etablieren, das auf „Anerkennung“ (Axel Honneth) beruht.

Insgesamt ist die Darstellung Baumanns überzeugend und empirisch gesättigt. Es wird ein detailliertes und begrifflich strukturiertes Bild des Friedensprozesses in Nachkriegs-Gesellschaften gezeichnet, das begründete Maßstäbe zur politischen Bewertung einzelner Maßnahmen sowie des Prozessverlaufs insgesamt bereit stellt. Soziologisch gesehen befinden sich die von Baumann untersuchten Nachkriegsgesellschaften in einem *paradoxen Frieden*, da der Frieden alle Kennzeichen eines Ausnahmezustandes aufweist. In Anlehnung an Trutz von Trotha kann man diesen „Frieden“ als eine „Ordnungsform der Gewalt“ begreifen. Diese Ordnung beruht auf gewalttätiger Selbsthilfe, unterscheidet sich von anderen Ordnungsformen „neuer Kriege“ aber dadurch, dass sie sich in einem *selbst-gesteuerten* sozialen und politischen Wandlungsprozess befindet, der sich von den Ordnungsstrukturen der Gewalt wegbewegt und auf eine zivilgesellschaftliche Ordnung und die Implementation rechtsstaatlicher Strukturen zielt. Das Buch sollte somit auch als Beitrag zur Soziologie der Gewalt gelesen werden, weil es Friedensprozesse als eine *transformative Ordnungsform der Gewalt* beschreibt. Es zeichnet die Transformation als einen selbstgesteuerten und konfliktreichen Prozess, der nicht von oben diktiert werden kann, sondern der parallel auf allen gesellschaftlichen Ebenen abläuft.

Die Studie widerspricht somit allen einfachen Erklärungsmustern, die von einer „Logik der Gewalt“ ausgehen. Baumann beruft sich zu Recht auf Heinrich Popitz, der darauf hingewiesen hat, dass Menschen immer Gewalt ausüben

können, es aber nie müssen. Die Anlasslosigkeit der Gewalt beinhaltet auch die stets gegebene Möglichkeit, ihr zu entkommen und sie nicht als Schicksal (bzw. als „Logik“) zu begreifen.

Kritisch ist zu bemerken, dass die zum Teil problematische Rolle exogener Friedensakteure (internationale NGOs, Amnesty International, Regierungen) zu wenig systematisch untersucht wird. Verstreut macht der Autor Bemerkungen, die auf eine kritische Sichtweise schließen lassen. Da er die Bedeutung endogener sozialer Akteure hervorhebt, verwundert eine solche skeptische Sicht wenig. Etwas ausgeführt wird leider nur die Analyse der „Friedensindustrie“, deren „habituelle Disposition“ darin besteht, „zur Reproduktion der objektiven Bedingungen, deren Produkt sie ist, beizutragen.“ Analog zur vieldiskutierten Privatisierung des Krieges ließe sich hier von einer Privatisierung des Friedens sprechen. Private Friedensunternehmer haben (ähnlich wie private Kriegsunternehmer) ein starkes Interesse an der Verstetigung der sozialen Umstände, von denen sie leben. Hier hätte Baumann an die Analysen von Mark Duffield anschließen können, der den Zusammenhang zwischen Global Governance, Entwicklungshilfe, internationaler NGO-Bewegung und „neuen Kriegen“ untersucht. Im Kontext der Nachkriegsgesellschaften wäre dabei die These zu testen, ob die Internationalisierung des Friedens zugleich zu einer Verewigung des Friedensprozesses tendiert. Frieden wäre dann gar nicht mehr das Ziel, sondern die Konstitution einer spezifischen Ordnungsform der Gewalt, die immer wieder aufs Neue die Intervention von globalen Sicherheits- und Friedensakteuren erfordert. Natürlich mindert diese Kritik den Wert der Studie Baumanns nicht – sie verweist lediglich darauf, dass noch viele Fragen offen sind.

Dierk Spreen